

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulnitz

— Erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Entschädigung  
wegen Versäumnisses. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,00 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Puln: Die 41 mm breite Zeile (Rost'se Zeilenmaße 14)  
1 mm Höhe 10 Puln, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Puln; amtlich 1 mm  
30 Puln und 24 Puln; Reklame 25 Puln. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das amtliche Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weiskbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Landesblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großschöndorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Oberstein, Niederstein, Weiskbach, Ober-  
Niederstein, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Förstner & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 37

Donnerstag, den 13. Februar 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freitag, den 14. Februar 1930, nachm 3 Uhr  
sollen in Pulsnitz, Sammelort der Stele: Sächsischer Hof  
4200 Stück Dachziegel, 300 Dachrinnsteine u. a. m.  
meßfertig gegen Vorzahlung öffentlich versteigert werden.  
Pulsnitz, am 13. Februar 1930. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Die Young-Debatte im Spiegel der Presse.

Die große Aussprache im Reichstag über den Young-Plan oder, wie man ihn jetzt genannt hat, den „Neuen Plan“ findet natürlich in der gesamten Presse des Reiches starken Widerhall. Ueberall kommt die Sorge um die schweren Lasten, die wir mit Unterzeichnung des Young-Plans übernehmen, zum Ausdruck, und es gibt kein Blatt, welches Partei es auch zugehören möge, das dem neuen Plan ein Loblied singt. Die Erläuterungen der Zeitungen und die Kritiken beschränken sich meist auf die beiden großen Reden des ersten Tages, die Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius und die Erklärungen des deutschnationalen Führers, Dr. Hugenberg. Je nach den Beziehungen, die das einzelne Blatt zu den Parteien hat, fällt natürlich diese Kritik verschieden aus.

Die Presse der Sozialdemokraten und der Demokraten erkennt die Ausführungen des Reichsaußenministers an, übt dagegen scharfe Kritik an der Rede Dr. Hugenbergs. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, geht auf die Rede des Ministers Curtius gar nicht ein und beschäftigt sich nur mit den Ausführungen Dr. Hugenbergs, die sehr abfällig betrachtet werden. Ebenso geschieht es in dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“, der erklärt, Hugenberg wisse keine andere Außenpolitik, wie Westarp keine gemußt habe. — In der „Vossischen Zeitung“ wird die Rede des Reichsaußenministers besonders beleuchtet und Dr. Curtius als ein „Verwalter des Stresemannschen Erbes“ und „Ein Kämpfer für die Stresemannschen Ideen“ genannt. — Ernst Feder betrachtet im „Berliner Tageblatt“ in erster Linie das Rededuell Curtius-Hugenberg und betont, daß der Reichsaußenminister den Ausführungen Hugenbergs über die Verklauung Deutschlands die Erfolge der Befreiungspolitik entgegengehalten habe, die durch vollständige Räumung des deutschen Bodens in greifbare Nähe gerückt seien. — Der „Berliner Börsen-Courier“ meint, es sei Dr. Curtius gelungen, die Behauptung Dr. Hugenbergs vom politischen und wirtschaftlichen Verfall Deutschlands zu widerlegen und nachzuweisen, daß Deutschland sich aus dem doppelten Zusammenbruch des verlorenen Krieges und der Inflation hochgearbeitet habe. Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, vermißt in der Rede Hugenbergs die Weisung eines besseren Weges deutscher Außenpolitik und deutscher Reparationspolitik. Das Blatt beschäftigt sich mit der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning und weist darauf hin, daß die Ausführungen des Zentrumsvertreters keinen Zweifel darüber lassen, daß eine Einigung der Regierungsparteien im Sinne der vom Zentrum angenommenen Haltung dafür entscheidend sei, ob das Zentrum die schwere Verantwortung für die Verabschiedung des Young-Plans tragen könne. Die „Frankfurter Zeitung“ rückt die Erklärung des Zentrumsabgeordneten in den Vordergrund und betont, daß sich das Zentrum nicht mehr von der Mehrheit der Regierung trenne, daß es sich aber etwas abseits stelle. Nach den Ausführungen des Reichsaußenministers nennt das Blatt den Young-Plan ein schweres Opfer, das dem deutschen Volke zugemutet werde, und dessen Annahme nur durch die härteste Notwendigkeit befürwortet werden könne.

Se weiter die Zeitungen nach rechts neigen, um so ungünstiger wird die Kritik an der Rede des Reichsaußenministers und um so günstiger die Beurteilung der Ausführungen Dr. Hugenbergs. Die dem Reichsaußenminister nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bedauert das „niederdrückende und unnatürliche Schauspiel“, daß zwei hervorragende Vertreter in den grundsätzlichen Fragen der Politik und des Staates so nahe verwandter Parteien, wie der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, im schärfsten Bruderkrieg gegeneinander stünden. Das Blatt meint, daß es sich um einen „völlig unhaltbaren und unmöglichen Zustand“ handle, der „ohne schwere Schädigung der nationalen Interessen nicht mehr lange andauern könne“. — Die „Kölnische Zeitung“, das führende Organ der Partei des Außenministers, weist darauf hin, daß, wer in Deutschland unter dem Druck der Haager Verhandlungen für den Neuen Plan sein Jawort gebe, mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Vernunft der Welt rechne und darauf

## Die schwierigen interfraktionellen Verhandlungen

Unruhen bei den Opelewerken — Die Finanzierung der „Roten Fahne“ — Amerikanische Einreiseverweigerung für einen Sowjetvertreter

Berlin, 13. Febr. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich ausführlich mit den interfraktionellen Verhandlungen über die Gestaltung des Haushaltes für das Jahr 1930. Er weist darauf hin, daß vorläufig keine Aussicht für eine schnelle Verständigung über die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten vorhanden sei. Die wichtigste Streitfrage sei im Augenblick immer noch die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung. Der Vorschlag der Gefahrgemeinschaft sei von allen Parteien abgelehnt worden. Stattdessen werde erörtert, ob man nicht durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung dieser ein hochverzinsliches Wertpapier, dem Reiche aber Geld für die Arbeitslosenversicherung verschaffen könne. Aber selbst diejenigen, die diesen Grundgedanken unter der Voraussetzung erörterten, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handle und die Leistungen weder der Arbeitslosenversicherung noch der Sozialversicherung angepaßt werden könnten, hätten erhebliche Bedenken, die in den bisherigen Besprechungen nicht hätten aufgeräumt werden können. Man werde diese Bedenken um so mehr begreifen, wenn man berücksichtigt, daß dieser Vorschlag bei der Ungewißheit der Verhältnisse des Arbeitsmarktes unter Umständen ganz anders wirken könne als er gemeint ist. Nach der „Börsenzeitung“ verlautet, daß die Deutsche Volkspartei am Mittwoch eine Herabsetzung der Versicherungsleistungen verlangt hat.

### Der neue amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Frederic W. Sackett, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. An dem Empfang nahmen außer der Umgebung des Reichspräsidenten Dr. Curtius sowie Staatssekretär Dr. von Schubert teil.

Der Botschafter hielt eine Ansprache, in der er ausführte: „Die mir gewordenen Weisungen zielen darauf ab, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu mehrern. Ich bitte Euer Exzellenz glauben zu wollen, daß ich mich dieser angenehmen Pflicht voll und ganz widmen werde. Ich komme zu Eurer Exzellenz mit großer Hochachtung für Ihre verehrungswürdige Person, welche die tiefe Vaterlandsliebe verkörpert, die die Grundlage des deutschen Charakters ist. Ich bringe eine tiefe Bewunderung für die großen Leistungen mit, die das deutsche Volk vollbracht hat.“

Reichspräsident v. Hindenburg erklärte in seiner Erwiderung: „Ich begrüße es lebhaft, Herr Botschafter, daß Sie es als Ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die alten und guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika in jeder Weise zu fördern und daran zu arbeiten, daß beide Länder einander immer besser verstehen lernen. Ihre warme Anerkennung dessen, was deutsche Kraft und deutscher Fleiß unter den schwierigsten Umständen geleistet haben, wird in Deutschland überall sympathisch aufgenommen werden.“

### Ein Unterausschuß für die Finanzreform eingesetzt.

Die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien hielten am Mittwoch eine Sitzung im Beisein des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer ab. Man kam zu dem Entschluß, einen Unterausschuß einzusetzen, der zunächst den Etat durchflämmen soll. In der Frage der Arbeitslosenversicherung einigte man sich nicht. Die Sozialdemokraten

lehnen den Plan, die Vorzugsaktien der Reichsbahn zu veräußern, nach wie vor ab und verlangen die schon immer von ihnen geforderte Erhöhung der Beiträge.

Die im Etat 1930/31 notwendigen Kosten für die Arbeitslosenversicherung beziffern sich jetzt auf 350 Millionen, während der Reichsarbeitsminister nur 250 Millionen angelegt hatte. Eine Beitragserhöhung würde bei weitem die für die Arbeitslosenversicherung notwendigen Mittel nicht aufbringen.

Der Unterausschuß soll am Donnerstag abend dem Interfraktionellen Ausschuß Bericht erstatten. Es handelt sich in erster Linie um die Frage, ob die 154 Millionen, die als Defizit aus dem Etat von 1928 noch vorhanden sind, in den neuen Etat übernommen werden sollen, oder ob man vorläufig auf die Deckung dieses Defizits verzichten will.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien hat

### die Frage des Panzerkreuzers B

eine große Rolle gespielt. Die Sozialdemokraten haben ganz entschieden gegen irgendwelche Mittel für den Panzerkreuzer B Stellung genommen und es auch abgelehnt, daß eine sogenannte Anerkennungsgebühr für den Panzerkreuzer B in den Etat aufgenommen werde. Es verlautet jetzt, daß das Kabinett auf jede Summe für den Panzerkreuzer B verzichtet hat, so daß Mittel für den Panzerkreuzer in den Etat überhaupt nicht vorgesehen sind.

### 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger.

Die Arbeitslosigkeit hat auch in der Berichtswoche ihren wintertlichen Höhepunkt noch nicht überschritten. Die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist in der Zeit vom 3. bis 8. Februar noch um 50 000 angestiegen; sie liegt nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 6. Februar dicht an 2 260 000. Zu dieser Zahl unterstützter Arbeitsloser kommen noch rund 250 000 Krisenunterstützte, so daß rund 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Februarwoche den deutschen Arbeitsmarkt belasteten.

### Die Finanzierung der „Roten Fahne“

Berlin, 13. Febr. Der „Vorwärts“ schreibt: „Wir sind in der Lage, die Abhängigkeit des Zentralorgans der kommunistischen Partei, der „Roten Fahne“, zahlenmäßig zu beweisen. Die Gesamtauflage der „Roten Fahne“ beträgt 25 000 Exemplare. Von dieser Gesamtauflage werden 5000 Stück von der russischen Botschaft und Handelsvertretung in Berlin bezogen. Genau 25% der Gesamtauflage des kommunistischen Zentralorgans sind also von den Moskauer Auftraggebern abonniert. Die „Rote Fahne“ ist ein von der Sowjet-Botschaft in Berlin subventioniertes Blatt.“

### Amerikanische Einreiseverweigerung für einen Sowjet-Vertreter

Romno, 13. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung dem stellvertretenden Verkehrsminister der Sowjet-Union, Sulimow, der im Auftrage der Sowjet-Regierung in New York Bestellungen für die russischen Eisenbahnen machen sollte, die Einreise verweigert. Sulimow, der sich gegenwärtig in Berlin befindet, wird nach Moskau zurückkehren. Die Sowjet-Regierung wird versuchen, auf diplomatischem Wege die Einreiseerlaubnis von Washington zu erhalten. Die Gründe für die Verweigerung der Einreise sind bisher noch nicht bekannt.



# Fortsetzung der Young-Debatte vor leerem Hause

## Deutscher Reichstag

128. Sitzung, Mittwoch, den 12. Februar.

Bei der ersten Beratung des Neuen Planes kam in der Reichstags-Sitzung am Mittwoch zunächst

### Dr. Dernburg (Dem.)

zu Wort. Er nannte den Young-Plan einen großen Fortschritt gegenüber der Dawes-Regelung und sprach die Hoffnung aus, daß die Gläubiger jetzt lebhaft an einem weiten Markt für deutsche Auslandsanleihen und an billigen Zinsbedingungen für Deutschland interessiert seien. Die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich sei in diesem Zusammenhang eine Einrichtung von ganz allgemeiner Bedeutung. Dann schilderte er die Folgen der Dawes-Krise und erklärte, daß sich die Sanktionsklausel gegen eine Diktatur Hugenberg-Sibler richte. Die Frage, ob der Plan durchführbar sei, sei nicht zu beantworten. Der Redner stimmte der Auffassung des Zentrums zu, daß mindestens gleichzeitig mit dem Plan eine Ordnung der deutschen Finanzen vorgenommen werden müsse. Dann sprach für die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft

### Professor Dr. Hoehsch

über die, wie er sagte, Generalliquidation des Krieges. Er wandte sich gegen den Young-Plan, den seine Partei ablehnen werde. Er habe für den Dawes-Plan gestimmt, bei letzterem habe es sich aber nur um ein Provisorium gehandelt. Das Ziel Frankreichs sei erreicht. Durch die neue Regelung werde Deutschland der indirekte Schuldner der Vereinigten Staaten. Es handle sich um eine im Endziel erkannte Entwicklung, die man auch in Deutschland hätte voraussehen können. Aber die Regierung habe nicht die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Daß die Summe aus dem Young-Plan unerfüllbar sei, darüber seien sich alle einig. Klar und deutlich stehe im Plan, daß zwei deutsche Generationen belastet würden. Der unerträgliche Sicherheitsfaktor sei mit voller Absicht von der Gegenseite eingeschaltet worden. Deutschland unterwerfe sich dem Schiedsgericht, dessen Spruch Frankreich den Weg der Gewalt wieder freigeben werde. Das Versailles System werde durch den Young-Plan auch in bezug auf Polen stabilisiert.

### Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth,

ging von den Besprechungen mit Owen Young im Jahre 1925 aus und meinte, daß die damals besprochenen Probleme jetzt erst nach fünf Jahren dem deutschen Reichstag gesetzgebend vorlägen. Die amerikanische Finanz- und Bankwelt habe schon damals die Probleme Europas nach der ökonomischen Seite ganz klar gesehen, kurz nachdem der Dawes-Plan in Kraft getreten war. Fünf Jahre seien ins Land gegangen, bis endlich die absolute Unmöglichkeit dessen erkannt wurde, was dem deutschen Volk damals aufgepreßt worden sei. Wir seien den dornenwollen mittleren Weg der Reparationen gegangen, um die Gefahr zu vermeiden, daß unser Volk gespalten würde. Eine große Anzahl von Stellen im Young-Plan deute auf ein elastisches System. In dem Plan gebe es ganze Abschnitte, wo die ökonomische Einsicht über die juristische Formel triumphieren müsse. Einmütig von links bis rechts sollten wir den Sanktionsbegriff des Versailles Vertrages als abgeschafft ansehen. Als darauf Dr. Quaas (Dnat.) rief: „Den Reparationsbegriff auch!“ antwortete der Minister: „Gewiß, es liegt hier ein Tributplan vor.“

### Es kam zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven.

als der Minister sich weiterhin äußerte, Herr von Freytagh-Loringhoven müsse ruhig werden, wenn er sehe, mit welcher Gier sich die französischen Chauvinisten auf seine Auslegung des Young-Planes stürzten. Abgeordneter von Freytagh, der einen Jurist machte, wurde vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen. Als der Minister sich äußerte, er würde seinen Freunden vom Zentrum empfehlen, den Young-Plan und die Haager Abmachungen abzulehnen, wenn die Freytaghsche Auslegung irgendwie im Text eine Stütze fände, rief Abgeordneter von Freytagh: „Das ist es ja nur, was wir wollen!“ Der Minister antwortete: „Sie trennen, wenn Sie meinen, daß ich hier etwas verschleiern will.“ Abgeordneter von Freytagh erwiderte: „Dann erkennen Sie es eben nicht.“ „Als Minister für die besetzten Gebiete“, meinte Dr. Wirth, „habe ich sogar die Pflicht, alle Herren des Hauses zu bitten, den Text mit der Lupe zu prüfen.“ Auf einen erneuten Jurist des Abgeordneten von Freytagh brach der Minister das Zwiesgespräch mit dem Hinweis ab, daß man im Plenum keine Seminarübungen veranstalten könne.

Auch Frankreich, England und Italien seien auf zwei Generationen an Amerika verschuldet. Der Wille Deutschlands, den Plan zu zerreißten, müsse vor dem Haager Schiedsgericht bewiesen werden. Wenn wir unsere Zahlungen nicht leisten könnten, sei nicht eine einzelne Macht geschädigt, denn wir zahlten gar nicht an eine einzelne Macht. Gewiß sei ein Risiko für die kommende deutsche Politik gegeben. Im Haag habe man über das Volksbegehren öfters gesprochen. „Wir haben“, so äußerte sich Dr. Wirth, „Herrn Tardieu gesagt, wenn die Deutschen einmal in Deutschland regieren sollten, so würden sie den Plan nicht zerreißten, sondern ihn besonders eifrig erfüllen.“

### Dr. Quaas (Dnat.)

erklärte zu dieser Rede des Ministers, daß Dr. Wirth wohl das Bedürfnis zu einer Selbstverteidigung gehabt habe. Durch die Sanktionsklausel sei die Möglichkeit einer neuen Besetzung gegeben, wenn Deutschland das Vertragswerk zerreißte. Der erste Teil der Ausführungen Dr. Wirths sei sympathisch gewesen, er habe sich bezüglich der Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes merkbar von dem Herrn Außenminister distanziert. Ein Berhandeln im Ausschuß „hinter verschlossenen Türen“ mache die Christlich-nationale Volkspartei nicht mit. Die Vorlage sei verfassungsändernd. So das polnische Abkommen, das Reichsbankgesetz und das Reichsbahngesetz. Die Christlich-nationale Volkspartei bitte ferner die Reichsregierung, da von ihr selbst die Leistungsfähigkeit Deutschlands bezweifelt werde, ihr die wirtschaftlichen Materialien vorzulegen, die in Paris bei den Beratungen der Sachverständigen vorgelegen hätten. Man berechne den Gegenwert der Verpflichtung aus dem Young-Plan auf 34 Milliarden Goldmark. Seine Partei rechne 4 Milliarden heraus. Mit Recht habe das Zentrum die Absicht, den Young-Plan erst dann zu verabschieden, wenn die Deckungsfrage geordnet sei. Die Sozialdemokratie müsse mitverantworten, was dem deutschen Volk auferlegt werden solle. Großes Vertrauen in die Festigkeit des Zentrums habe man allerdings nicht. Demokraten und Sozialdemokraten suchten sich bereits von dem Young-Plan zu distanzie-

ren. Die Deutsche Volkspartei sei in die Front der Erfüllungspolitik eingerückt. Das sei eine furchtbare Gefahr für das bestehende Bürgertum. Auch Dr. Curtius verkenne die Aufgabe der Opposition. Er verlange, die Opposition solle ihm sagen, was er tun solle. Die Opposition habe es an gutem Rat nie fehlen lassen. Das zeige Gelferich. — Die europäischen Schulden an Amerika beliefen sich auf 80 Milliarden, die deutschen Tribute betrügen 170 Milliarden, das verstimmelte Deutschland solle doppelt so viel tragen wie das übrige Europa.

### Abg. Heinig (Soz.)

meinte, die Unechtheit der deutsch-nationalen Politik zeige sich darin, daß sie keinen besseren Weg angeben könnten. Dann wandte sich der sozialdemokratische Redner gegen Dr. Schacht, und zwar zunächst gegen die Bestimmungen, „die Dr. Schacht zugunsten des Privatkapitals in das neue Reichsbankgesetz hineingearbeitet habe“. Die Sozialdemokratie wolle verhindern, daß als neuer Typ die Young-Plan-Gewinnler entstünden. Die Sozialdemokratie wandle sich auch dagegen, daß der Reichsbankpräsident auf Umwegen sein Lieblingskind, die Golddiscontobank, zum Schaben des Reiches durchsetze habe.

Gegen die Angriffe auf Schacht wandte sich der Abgeordnete

### Mollath (W.P.)

Er rief den Sozialdemokraten zu, daß das deutsche Volk einen zweiten Zerfall unserer Währung nicht vertragen könne. Der Redner verlangte, daß der Young-Plan erst nach der Erledigung der Finanzreform erledigt werde.

### Dr. Klönne (Chr. N. A.)

beantragte, als er das Wort erhielt, die Sitzung zu vertagen, da das Haus zu schwach besetzt sei. Vizepräsident von Kardorf vertagte die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Abg. Dr. Klönne, der Dawesplan war der Versuch, die Kriegsschuldigungen aus der deutschen Wirtschaftsrente zu nehmen. Der Neue Plan ist als Definitivum gedacht, das unseren Gläubigern die Möglichkeit sicherstellen soll, sich aus der deutschen Substanz bezahlt zu machen. Warum spricht man immer nur vom Gegenwert und nicht vom Endwert der Reparationsschuld, der mit 5½ Prozent Zinssatz ohne alle Vorleistungen 700 Milliarden beträgt, also das Doppelte des deutschen Vorkriegsvermögens. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, den Plan anzunehmen gegen den Preis einer vorgetäuschten Liquidation des Krieges. Solange uns der Weichsektor nicht zurückgegeben ist, gibt es keinen wahren Frieden in Europa. Frankreich wird Deutschland nicht dauernd am Boden halten. Die kunstvollen Bänder der Verträge werden eines Tages von selbst zerreißten. Auch diesen Vertrag unterschreibt Deutschland nur mit dem Messer an der Gurgel. Lebt es ihn ab, dann wird die Welt dem entschlossenen, mutigen und ehrlichen Deutschland einen günstigeren Vertrag einräumen als einem willensschwachen und charakterlosen.

Auch auf die Moratorium-Frage ging Dr. Klönne ein und rief damit den

### Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer

auf den Plan, der neue bisher unbekanntes Ausführungen in dieser Frage machte. Der Finanzminister erklärte, daß es nicht richtig sei, daß Deutschland die aufgeschobenen Zahlungen der beiden ersten Jahre im dritten Jahre nach der Erklärung des Moratoriums nachzutragen hätte. Wenn Deutschland ein Moratorium erkläre, so habe es das Recht, zunächst für zwei Jahre den Transfer zu unterlassen. Erst vom dritten Jahre müsse aufs neue in fremden Devisen gezahlt werden. In diesem dritten Jahre seien die Zahlungen, der aufgeschobene Transfer des ersten Jahres, nicht der beiden ersten Jahre, fällig, und auch nur monatsweise. Wenn Deutschland ein Transfermoratorium beantrage, werde das nicht nur auf den Kredit Deutschlands, sondern auch auf die Kreditverhältnisse der ganzen Welt zurückwirken. Die Gläubigerstaaten würden für ihre eigenen Zahlungen an Amerika dann auch das Moratorium erklären. Diese Situation müsse dann zu einer grundsätzlichen Nachprüfung der ganzen Frage führen. Die Schwierigkeiten des Transfers seien nicht die Schuld Deutschlands. Sie lägen darin, daß die Uebertragung nicht möglich sei, „ohne die Währung Deutschlands zu gefährden“.

### Abgeordneter Lufft (Soz.)

trat für das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ein, weil für die Deutschen in Polen aus ihrer Geiselfeststellung befreit würden.

Nachdem noch der Abgeordnete Nerberg die ablehnende Haltung der Volkspartei zum Young-Plan begründet hatte, wurde die weitere Aussprache auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

### Wieder Reichstagspause.

Der Reichstag führt wieder das Bedürfnis, eine Pause in seinen Sitzungen einzutreten zu lassen. Der Aelterstenrat hat beschlossen, daß am Donnerstag die Aussprache über den Young-Plan zu Ende geführt werden soll. Außerdem sollen der deutsch-schweizerische Vertrag über die Regulierung des Rheins, der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, das Gesetz über die Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und der Ausschlußbericht über die Sicherstellung der Arbeiter und Angehörten der Rohrbachwerke behandelt werden. Die Tage von Freitag bis Dienstag sollen sittingsfrei bleiben, am Mittwoch will der Reichstag dann die Mieterkündigungsgesetze beraten. Die Vertagung des Reichstages ist auf die

### Differenzen zwischen den Regierungsparteien

in allen wichtigeren Gesetzen, die den Reichstag in der nächsten Zeit beschäftigen sollen, zurückzuführen. Die Regierungsparteien versuchen deshalb, ihre Erledigung bis nach der Annahme des Young-Plans aufzuschieben. Die Unstimmigkeiten beziehen sich nicht nur auf die Finanzfragen, sondern z. B. auch auf das Republikfluchtgesetz, und man glaubt, daß die Volkspartei Beanstandungen gegen gewisse Teile dieses Gesetzes erheben dürfte.

hoffe, daß nach Jahren die Einsicht selbst zu einer Revision dieses Planes dränge. — Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ beschäftigt sich Friedrich Hufschung mit der Reichstagsdebatte und nennt die Rede des Außenministers farb- und kluglos. Aus den Ausführungen Dr. Hugenbergs hebt er besonders die Merkpunkte hervor, die darauf hinweisen, daß wir einem Verfall entgegengehen. Er greift die Worte Wirtschaftsverfall, Kulturverfall, Entfittlichung und Entmannung heraus und schließt seine Ausführungen mit dem Satz: „In letzter Stunde noch einmal erhebt ein Mann seine Stimme gleich einem guten Gewissen Deutschlands, um zu warnen vor der Vollziehung der neuen verhängnisvollen Vollmacht für die Feinde Deutschlands zur Vernichtung Deutschlands.“ — Der „Tag“ steht in der Rede des Reichsaussenministers nur die üblichen Entschuldigungen für die Young-Politik. Die Rede Hugenbergs charakterisiert der „Tag“ als „die Stimme des deutschen Mannesgewissens“. — Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht die Ausführungen Dr. Hugenbergs, der in scharfer Form von dem heutigen Regierungssystem abgerückt sei und auf die zwangsläufigen Folgen für Deutschland und die ganze abendländische Kultur hingewiesen habe, der aber doch gleichzeitig sein Vertrauen in den gefunden Sinn des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte. Die beiden Reden des Reichsaussenministers nennt das Blatt „überaus schwach“. Es sei bedauerlich, so heißt es weiter, daß Dr. Curtius offenbar seine einzige Aufgabe darin sehe, die inneren Widerstände gegen die Young-Gesetze niederzuschlagen, anstatt sich einmal ernsthaft mit den Gläubigern Deutschlands auseinanderzusetzen. Die „Kreuz-Zeitung“ meint, Dr. Curtius glaube wohl selbst kaum an eine restlose Erfüllung der uns durch den Young-Plan auferlegten Lasten. Dem Reichsaussenminister sei auch in seiner neuen Verteidigungsrede der Nachweis nicht gelungen, daß der Preis, den Deutschland im Osten zahle, die politischen Zugeständnisse aufwiege. Das Blatt schließt mit dem Satz: „Hier kann es doch nur ein ehrliches Nein geben.“ Die „Deutsche Zeitung“ berichtet, daß der Reichstag „in stumfer Gleichgültigkeit“ den Bericht des Außenministers hingenommen habe. Das Blatt beschäftigt sich vor allen Dingen mit der Rede Dr. Hugenbergs, die es die „ernsteste und tiefste Rede, die vielleicht je in diesem Reichstag gehalten wurde“, nennt. Das Blatt faßt die Ausführungen Dr. Hugenbergs in die Frage zusammen: „Wer will die Verantwortung tragen für das, was kommt?“

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnis.** (Der Hausbesitzerverein) e. B. für Pulsnis und Unga hielt am 9. Februar im Hotel „Grauer Wolf“ seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Bierich leitete die Versammlung mit begrüßenden Worten die starkbesetzte Versammlung und wünschte anschließend allen Mitgliedern nachträglich alles Gute für das Jahr 1930. Aus dem vom Geschäftsführer Herrn Oskar Oswald vorgetragenen Geschäftsbericht war wieder eine sehr rege Tätigkeit des Vereins zu ersehen. Es folgten Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen sowie zwei Werberversammlungen in Ober- und Niedersteina und eine Wahlversammlung wurden abgehalten. Der Zugang von 80 Mitgliedern war der Dank für den Gesamtzustand und insbesondere für den bewährten Vorsitzenden des Vereins für geleistete Arbeit. Der durch den Tod aus dem Verein ausgeschiedenen Herrn Kaufmann Claffen und Klempnermeister Weber wurde gedacht und ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Kassenericht wurde vom Rechnungsführer Herrn Postobersekretär Reim vorgetragen. Der Bestand am Jahresende betrug RM 346.60. Der Vorsitzende dankte dem Rechnungsführer für seine gewissenhafte Kassensführung. Die nach § 11 der Satzung auszuführenden Vorstandsmittelglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Der vom Vorsitzenden vorgetragene Vorschlag für den Haushaltsplan 1930 fand einstimmige Annahme. Zu Punkt 5 der Tagesordnung hatte es sich der Vorsitzende Herr Stadtrat Bierich nicht nehmen lassen, die Mitglieder nochmals auf die Mietzinssteuererlässe und Ermäßigungen hinzuweisen, desgleichen sie über den Schutz der 1932 kündbaren Aufwertungshypotheken eingehend aufzuklären. Ferner verwies er noch auf die Notwendigkeit der Versicherung in der Haus- und Privathaftpflichtversicherung des Landesverbandes. Nachdem noch vom Vorsitzenden die Einkommensteuererklärung betr. Haus- und Grundbesitz, hauptsächlich die Werbungskosten, eingehend erläutert worden war, gab er noch bekannt, daß die bei ihm vom Verein eingerichtete Auskunftsstelle weitgehend und zahlreich in Anspruch genommen wurde. Des ferneren gab der Vorsitzende noch einen Bericht über die erfolgten Gemeindevorstandswahlen. Die Besetzung in den anliegenden Gemeinden ist im Durchschnitt wie 1926. In Pulsnis war eine große bürgerliche Mehrheit als Erfolg zu verzeichnen. Nach erfolgtem Vortrag einiger wichtiger Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende noch einen Rückblick und Ausblick. Rückwärtschauend hat das vergangene Jahr die Aufhebung der schwer auf dem Hausbesitz lastenden Zwangswirtschaft noch nicht gebracht. Die Höhe des Hausbesitzes, die Entwertung desselben durch die unhaltbare Steuerpolitik von Reich, Land und Gemeinden, ist groß. Durch Mindereinnahmen ist der Hausbesitz nicht in der Lage, die Häuser wohnbar zu erhalten. Im Ausblick hofft der Vorsitzende, daß das neue Jahr dem Hausbesitz in jeder Beziehung Erleichterung bringt und er wieder als kreditfähiger Faktor in die deutsche Wirtschaft einbezogen werden kann. Dem Vorsitzenden wurde zum Schluß noch der Dank für seine rege Tätigkeit ausgesprochen und die Mitglieder wurden aufgefordert, treu zum Verein zu halten und Einigkeit zu wahren, zum Wohle des Vereins. Mit einem „Gut auf!“ für das Jahr 1930 schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Pulsnis.** (Personal-Ehrungen im Gastwirtsgewerbe.) In der am 11. Februar stattgefundenen Jahreshauptversammlung des hiesigen Gastwirtsvereins wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Emil Thieme, unter ehrenden Worten und Glückwünschen dem Fräulein Elisabeth Wetke, welche seit 5 Jahren beim Herrn Alwin Hönsch, Hotel Schützenhaus, beschäftigt ist, das vom Deutschen Gastwirtsverband gestiftete silberne Ehrenzeichen und Besitzurkunde verliehen und dem Fräulein Margarete Richter, welche über 3 Jahre bei Frau Bertha verw. Dietrich, Pollack's Gasthaus, beschäftigt ist, die vom Sächsischen Gastwirtsverband gestiftete Anerkennungsurkunde für Treue und Fleiß verliehen. Möge es den zwei Ausgezeichneten noch recht lange vergönnt sein, sich dieser verdienstvollen Anerkennung zu erfreuen!

**Pulsnis.** (Acht geben.) In diesen Tagen werden durch Hansjerry Heil- und Bestrahlungs-Apparate (Radioray usw.) angeboten. Es wird im Interesse des Käufers darauf aufmerksam gemacht, nur solche Apparate zu kaufen, die unter Garantie den Rundfunk nicht stören, da nur mit solchen Apparaten zu jeder Zeit Bestrahlungen vorgenommen werden können, ohne Unannehmlichkeiten und Unterlassungs-Klagen ausgeföhrt zu sein.

**Pulsitz.** (Gewerbesteuererklärungen.) Die Frist zur Einreichung der Gewerbesteuererklärungen läuft am 15. ds. Mts. ab. Da bei verspäteter Einreichung ein Zuschlag von 10 v. H. erhoben werden kann, empfiehlt sich pünktliche Innehaltung der Frist.

(Zur Arbeitslosen-Versicherung.) Die Vertrauensmänner der Kreise Bautzen und Dresden im D.S.V. die 14 000 kaufmännische Angestellte vertreten, nehmen mit der Entschiedenheit gegen die Absicht des Reichsfinanzministers Stellung, zur Sanierung der Arbeitslosen-Versicherung Darlehen der Angestellten-Versicherung heranzuziehen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit der Leistungen der Angestellten-Versicherung durch kein wie immer geartetes und genanntes Mittel gefährdet werden darf. In einer Garantie des Reiches sehen die Angestellten kein geeignetes Mittel, ihre Bedenken zu zerstreuen, nachdem durch frühere Darlehen, die unter Garantie des Reiches standen, die Angestellten-Versicherung in ihren Grundfesten erschüttert wurde. Die Angestellten-Versicherung soll und muß die Tage des Alters der Angestellten sicherstellen. Sie stellt die Spareinrichtung der Angestellten für die Tage ihres Alters, die aus eigenen Mitteln errichtet wurde. Ein Eingriff in das Vermögen dieser Spareinrichtung würde von dem das Privateigentum grundsätzlich behandelnden Angestellten von einer Regierung nicht verstanden werden, die sonst bei jeder Gelegenheit für den Schutz des Eigentums eintritt. Sie werden sich deshalb mit allen zulässigen Mitteln dagegen wehren, daß an der Leistungssicherheit ihrer Altersversorgung irgendwie gerüttelt wird.

(Zeitungssterben.) Die Allgemeine Zeitung Freiberg hat am Dienstag ihr Erscheinen eingestellt. — Ueber das Vermögen des Buchdruckereibesetzers Oskar Kramer in Firma Trommer & Co., Verlag der Westfälischen Zeitung in Werda ist am 8. Februar das Konkursverfahren eröffnet worden. Es besteht der Plan, die Zeitung mit dem Dresdner Blatt der Wirtschaftspartei zu vereinigen.

**Bischofswerda.** (Frauenmord bei Bischofs- werda.) Anfang Januar hat sich bei Bischofs- werda ein Mordtatsache ereignet, die erst jetzt bekannt geworden ist und zugleich ihre Aufklärung gefunden hat. In Bischofs- werda wohnte der Steinarbeiter Heinrich, aus Schlesien gebürtig, verheiratet, aber von seiner Frau getrennt lebend, mit seiner Geliebten Frause zusammen. Am 8. Januar besuchte plötzlich die Ehefrau den Mann, ohne aber von da wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Auf die Vermisstenanzeige hin traf die Kriminalpolizei Bautzen ihre Feststellungen, die einen Mord, begangen vom Ehemann und seiner Geliebten, die inzwischen nach ihrer schlesischen Heimat abgereist waren, wahrscheinlich machten. Beide wurden verhaftet und gestanden nach anfänglichem Leugnen, daß Heinrich seine Frau in einem Walde bei Geismannsdorf, in der Nähe von Bischofs- werda, ermordet und gemeinsam mit der Frause in einem dichten Walde aufgehängt hat. Ueberdies haben die beiden der Frau noch Geld und den Trauring abgenommen und ihren Mantel und Tasche im Walde versteckt. Die Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

**Großharthau.** (Ein schwerer Zusammen- stoß) zwischen einem Personen- und einem Lastkraftwagen ereignete sich gestern früh 1/7 Uhr auf der Wesenitzbrücke in der Nähe des Gasthofes zum Rhythäuser. Aus Richtung Bischofswerda kam ein großer Lastkraftwagen mit Anhänger der Expeditionsfirma Wobst in Bautzen, während aus entgegengesetzter Richtung der Kraftwagen des Herrn Dr. Kemlein heransuhr, der noch vor dem Lastwagen, der bei dem abschüssigen Gelände in ziemlichem Tempo fuhr, in die Dorf- straße einbiegen wollte. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich. Der Personenwagen wäre von dem starken Last- wagen glatt überfahren worden, wenn nicht der Führer des letzteren rasch entschlossen scharf herumlenkte und auf das Brückengeländer aufsprang. Durch diese Geistesgegenwart er- forderte der Zusammenprall kein Menschenleben. Der Wa- gen des Herrn Dr. Kemlein ist schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Das Brückengeländer ist zertrübt und der ebenfalls stark beschädigte Lastwagen hängt zur Hälfte über die Brücke hinweg. Lediglich dem Umstande, daß er auf eine Steinsäule aufsprang, ist es zu danken, daß er nicht in die Weseritz hinabstürzte. Der Anhänger stand quer auf der Straße, wodurch längere Zeit der Verkehr gesperrt war. Der Verkehr nach Dresden wurde von Bischofs- werda aus über Rammenau geleitet.

**Bautzen.** Wichtige Tagesfragen der Land- wirtschaft. Wichtige Tagesfragen der Landwirtschaft kamen in einer Bezirksversammlung der Kreisdirection der Landwirtschaftskammer für die Oberlausitz zur Sprache, indem der Vorsitzende, Ökonomierat Richter, Lausitz, über Aufgaben und Tätigkeit der Landwirtschafts- kammer und der Kreisdirection aufklärend und Zweifel behobend referierte und Oberlandwirtschaftsrat Prof. Dr. Schellenberger, Bautzen, das Problem des Abbaues aus- ländischer Kraftfuttermittel durch vermehrte Erzeugung wirtschafts-eigenen Grundfutters in einem Vortrag über die Ursachen der Klee-Unsicherheit anschnitt. — Zum Vor- sitzenden des Bezirksvereins wählte man einstimmig Nittergutbesitzer Stäcker, Groß-Seidichen, wieder.

**Dresden.** (Bürgerliche Mehrheit im neuen Bezirksrat Dresden.) Die am 9. Februar in den zusammengeführten Wahlkreisen stattgefundenen Wahlen zum Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden haben folgen- des Endergebnis gehabt: 23 Bürgerliche, 17 Sozialdemo- kraten, 0 Kommunisten.

**Dresden.** (Gymnasiale Ergänzungsprü- fung für Studierende der Theologie.) Das Ministerium für Volksbildung bringt nachstehende, unterm 2. April 1929 an die Theologische Fakultät der Universität Leipzig ergangene Verordnung zur allgemeinen Kenntnis: Studierende der Theologie, die in der Reifeprüfung an Schulen mit pflichtmäßigem Lateinisch im Lateinischen min- destens die Zensur 3 „genügend“ erhalten haben, werden

bei der Zulassung zur gymnasialen Ergänzungsprüfung von der Ablegung des lateinischen Reimes dieser Prüfung befreit. Das Ministerium für Volksbildung wird ferner allen den- jenigen Studierenden der Theologie, die mangels der vor- stehend genannten Befreiungsvoraussetzungen die Ergänzungs- prüfung in vollem Umfange ablegen müssen, auf Ansuchen gestatten, daß sie diese Prüfung in zeitlich getrennten Ab- schnitten, also in jedem der beiden Prüfungsfächer Lateinisch und Griechisch einzeln ablegen. Dabei bleibt es ihnen un- benommen, welches von beiden Fächern sie zuerst für die Ablegung wählen wollen.

**Dresden.** (Schwerer Unfall.) Am Mittwoch in der 3. Nachmittagsstunde trug sich in Dresden vor dem Rathaus ein feldman und auch schwerer Unfall zu. Dort stießen zwei Kraftfahrer heftig zusammen. Der eine, aus Großröhrsdorf, kam die verlängerte Kreuzstraße entlang und kollidierte auf dem Rathausring mit einem Dresdner Fahrer. Der Unfall geschah an einer Stelle, wo Gärtner und andere Hilfskräfte der Stadtgartenverwaltung mit Ausroden erfro- rener Bäume, bezw. mit dem Abtransport von Baumstämmen beschäftigt waren. Von diesen Personen wurde ein 40-jähriger Hilfsarbeiter durch einen der Motorradfahrer hinterwärts überaus kräftig angestoßen und mit dem Unterleib gegen einen Holm der Wagendeckel gepreßt. Der betreffende Teil drang dem Hilfsarbeiter (am Geschlechtssteil) in den Leib und bis gegen das Kreuzbein vor. Das Holzstück mußte sofort abgelagert und der auf der Friedensstraße wohnhafte Verun- glückte nach dem Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt werden, wo alsbald ein operativer Eingriff erfolgte. Die Verletzung wird seitens der Ärzte als ernst bezeichnet. Die beiden Motorradfahrer, die zum Sturz gekommen waren, er- litten verhältnismäßig leichte Schäden. An der Unfallstelle, die vom Ueberfallkommando des Polizeipräsidiums abgesperrt wurde, sammelte sich rasch eine größere Menschenmenge an. Beamte der Unfallkommission des Kriminalamtes stellten den Tatbestand fest.

**Charandt.** Geheimer Forstrat Professor Dr. Vater gestorben. Im Alter von 70 Jahren starb nach langem, schwerem Leiden Geheimer Forstrat Professor i. R. Dr. e. h. S. Vater. Nach Vollendung seiner Studien habilitierte er sich 1886 in Dresden, wurde im folgenden Jahre als ordentlicher Professor der Mineralogie und Geologie an die Forstakademie Charandt berufen und hat sich als Wissenschaftler einen weit über Deutschland hinausreichenden Ruf erworben.

**Chemnitz.** Festnahme eines Brandstifters. Am 8. Februar sind Wohnhaus und Scheune des Gut- besitzers E. Neukirchner, eine Scheune des Wirtschafts- besitzers P. Vogel in Weinersdorf niedergebrannt und in der Scheune des Wirtschaftsbefizers L. Uhlmann daselbst ein Brand angelegt worden, der aber noch rechtzeitig bemerkt wurde und gelöscht werden konnte. Nach den vor- liegenden Umständen mußte in allen Fällen vorsätzliche Brandstiftung angenommen werden. Durch die vor- genommenen Erörterungen der Kriminalabteilung ist es gelungen, den Täter in einem 27-jährigen Friseurgeschäftsinhaber B. Pfüller in Weinersdorf zu ermitteln und fest- zunehmen. Pfüller ist geständig. Die Gründe seines Handelns können noch nicht als geklärt angesehen werden.

**Chemnitz.** Wohnungseinbruch. In das Haus Barbarossastraße 3 wurde ein Wohnungseinbruch mittels Nachschlüssels zur Vorhalle und Zimmertür verübt. Die unbekannteren Täter haben zwei Schreibtische erbrochen und aus diesen drei Briefstücken mit etwa 1650 Mark Bar- geld gestohlen, ferner zwei Zwanzigmarkstücke und 130 Mark außer Kurs gesetztes Silbergeld entwendet. Unter den fünfzig und Dreißigmarkstücken befanden sich einige Jubiläumsmünzen. Vor Annahme bzw. Anlauf des Geldes und der außer Kurs gesetzten Silbermünzen wird gewarnt. Der Geschädigte hat für die Wiedererlangung des ge- stollenen Geldes eine Belohnung ausgesetzt.

**Neuhäusen i. Erzg.** Ein „Scherz“ mit verhäng- nisvollen Folgen. Als der hiesige Theaterverein einen Maskenball abhielt, gab einer der Festteilnehmer im Scherz einen Schuß aus einer Schreckschloß ab. Dabei fing das Kleid einer jungen Dame Feuer. Obgleich die Flammen bald erstickt werden konnten, erlitt die Dame doch nicht unerhebliche Brandwunden. Sie wie auch ihre Helfer mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

**Sisnig i. Erzg.** Die zweite Feierschicht. In- folge des schlechten Beschäftigungsgrades in der Industrie und infolge der milden Witterung hat der Kohlenabfabr- berari nachgelassen, daß angesichts der vorhandenen großen Kohlenvorräte im sächsischen Steinkohlenrevier die zweite Feierschicht eingeleitet werden mußte.

**Leipzig.** (Die „Leipziger Neuesten Nach- richten“ zur Youngplan-Debatte.) Die „L.N.R.“ beschäftigen sich mit der Youngplan-Debatte im Reichstag, die aber nur mehr noch eine Debatte um die Finanzreform sei, nachdem die Annahme des Youngplanes als Ende einer zwangsläufigen Entwicklung der Dinge unabwendbar sei. Auch Hugenberg wisse das, doch „ist gar nicht zu leugnen, daß er durch sein persönliches Auftreten die Lage der von ihm geführten deutschnationalen Opposition verbessert hat. Ja, man darf sagen, er hat ganz allgemein die verzweifelte Lage der parlamentarischen Verhandlungen verbessert, und man versteht heute weniger denn je, weshalb er es bei der Beratung seines Volksbegehrens einem anderen überließ, seine Sache zu vertreten.“ Die Entscheidungsschlacht um die Re- vision des Tributplanes, so heißt es dann weiter, sei ver- loren worden, als Breitscheid und Bernhard, Severing und Siegenwald unseren Pariser Unterhändlern in den Rücken gefallen seien. Im übrigen müsse die Reichsregierung die Annahme des Youngplanes fordern, doch nur deshalb, weil 20 Millionen deutscher Arbeiter, verstärkt durch etliche Mil- lionen bürgerlicher Pazifisten und Traumpolitiker die Unter- werfung unter den Willen des Tributkapitals wollen. Diese Millionen und was daran hängt, würden sich dem deutschen Staate ver sagen, der den moralischen Kampf um eine Besser- gestaltung des Tributverhältnisses ehrlich aufnehmen wollte. Sie würden in diesem Kampfe auf Seiten des uns ausbeu- tenden Tributkapitals stehen.

**Chemnitz.** (Zahlungseinstellung.) Die seit 65 Jahren bestehende Mitteldeutsche Trikotagen- und Strumpf- fabrik G. m. b. H., Siegmars, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Firma versucht, einen außergerichtlichen Vergleich herbei- zuführen. Nach der bisherigen Prüfung des Statuts ist mit einer gerichtlichen Quote von 50 Prozent zu rechnen.

## Hindenburg läßt sich über die parlamentarische Lage berichten.

Der Reichspräsident hat am Mittwoch vormittag zuerst den Reichskanzler und dann den Außenminister Dr. Curtius empfangen. Die Unterredung bezog sich auf die parlamen- tarische Lage.

Durch die Tatsache der Unterredung sind im Reichstage Gerüchte aufgetaucht, die von einer Mißstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten wissen wollen. Der Reichspräsident wird nach der Annahme der Haager Gesetze im Reichstag vor die Entscheidung gestellt, ob er die Gesetze unterschreiben will. Bisher hat der Reichs- präsident in Zweifelsfällen immer den Standpunkt vertreten, daß er verfassungsmäßig zu Unterschreiben unter Gesetze, die der Reichsrat und der Reichstag gebilligt haben, verpflichtet sei. Die jetzt entscheidende Frage geht, so heißt es, dahin, ob diese vom Reichspräsidenten als verfassungsrechtlich an- genommene Verpflichtung auch für Staatsverträge besteht.

## Für Schaffung eines Kolonialmandats für Deutschland

**Amsterdam,** 13. Februar. In dem Bericht des niederlän- dischen Senats zum Haushalt des Außenministeriums wird von einigen Senatoren der Wunsch ausgesprochen, Holland möge gemeinsam mit einigen anderen ehemaligen neutralen Staaten in Genf darauf dringen, daß Deutschland ein Kolonialmandat erhalte. Weiter wird in dem Bericht auf die Unterdrückung der christlichen Religion in Rußland hingewiesen und ein Schritt der europäischen Staaten beim Völkerbund angeregt.

## Doch Sabotage-Handlungen bei Opel

**Rüsselsheim,** 12. Februar. Wie jetzt bekannt wird, haben im Verlaufe der kommunistischen Aktion in den Opelwerken Sabotage- akte stattgefunden, Vorgänge, die von der Leitung des Werkes wiederholt in Abrede gestellt wurden. Unter Führung des Landtagsabgeordneten Müller drangen die Kommunisten gewaltsam in die verschiedenen Ab- teilungen ein, und suchten unter Androhung von Gewalt die Arbeits- willigen aus den Räumen zu entfernen. Der nichtkommunistische Be- triebsvorstand, der den Eindringlingen entgegentrat, wurde mit Messern bedroht. Es gelang den Kommunisten, verschiedene Montage- bänder und Dampf- und Wasserpumpen stillzulegen, jedoch das ganze Werk mit Aus- nahme weniger Abteilungen ruhte. Die Lage wurde besonders kritisch durch den Umstand, daß am heutigen Tage Lohnzahlung war und über 100 000 Mark ausgezahlt werden mußten. Die Lohnzahlung ging dann unter dem Schutz der Polizeikräfte vor sich. Der Einsatz der Darnstädter Polizei war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Opelwerke im besetzten Gebiet liegen und erst die Genehmigung der zuständigen Besatzungsstellen eingeholt werden mußte. Es war geplant, nach der Mittagspause, sobald alle Arbeiter wieder im Werk waren, dieses abzuriegeln und die gesamte Belegschaft genau zu durchsuchen. Man nahm hieron jedoch später Abstand und beschränkte sich auf die Festnahme der Hauptabteilungsleiter, darunter auch den hiesigen kommu- nistischen Abgeordneten Sumpf. Der Abgeordnete Müller versuchte zu entfliehen. Seine Festnahme gelang aber, als er über die äußere Um- zäunung des Werkes kletterte. Preussische Polizeibeamte hatten die Zugänge zu den Opelwerken in der Richtung Frankfurt und Wies- baden besetzt, um allen Möglichkeiten vorzubeugen. Die hiesige Lan- despolsizei rückte abends gegen 7 Uhr wieder ab. Am Donnerstag ist mit dem normalen Arbeitsverlauf im Werk wieder zu rechnen.

**Rüsselsheim.** Bei den Opelwerken kamen einige Entlassungen vor. Die Entlassungen wurden deshalb vorgenommen, weil sich, wie man angibt, einige Arbeiter gegen die von der neuen Direktion eingeführte Betriebs- ordnung stellten. Diese Tatsache haben die Kommu- nisten zum Anlaß genommen, um am Mittwoch in einer Anzahl von 800 bis 1000 Arbeitern die Opel-Werke zu blockieren. Die Polizei versuchte, diese kommunistischen Trupps abzuhalten; sie drangen jedoch in den Hof der Opel- Werke ein und versuchten, die Betriebsleiter und einzelnen Werkstättenleiter aus der Fabrik zu entfernen. Die Leute wurden geleitet von Mitgliedern des Roten Front- klämpferbundes. Es kamen einige Sachbeschädigungen vor. Die Polizei aus der Umgebung wurde zur Verstärkung herbeigerufen.

## Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Teils neblig trübe, teils zeitweilig Aufhellung, im Flach- land Temperaturen etwas über Null, nachts besonders in den süd- lichen Gebietsteilen leichter Frost, Gebirge anhaltend schwacher, nachts stellenweise mäßiger Frost. Schwache Luftbewegung ver- änderlicher Richtung.

## Kirchen-Nachrichten

### Pulsitz

**Heute** 8 Uhr Bibelstunde in Friedersdorf (Pf. Schulze). **Sonntag,** d. 16. Februar, Septuages. — Kollekte für den Ev.-luth. Gottes- lasten — 1/9 Uhr Abendmahl, 9 Uhr Predigtgottesdienst (Kol., 3, 18—41) Pf. Schulze; Lieber Nr. 649, 204, 552, 1, 553, 8, Sprüche Nr. 172, 171. Motette: „Herr, deine Güte reicht so weit“ von Groll. 2 Uhr Laufen. **Montag,** d. 17. Februar, 8 Uhr Vorbereitung für den Kinder- gottesdienst (Matth 15, 21—28). **Donnerstag,** d. 20. Februar, 8 Uhr Bibelstunde im Hof firmandenzimmer (Zak. 1, 19—21).

### Landeskirchliche Gemeinschaft

**Sonntag** 2 Uhr Sonntagsschule, 4 Uhr Jugendbund für E. C., 8, 15 Uhr Bibelstunde.

### Dohn

**Sonntag,** d. 16. Febr., 1/11 Uhr Kindergottesdienst.

**Dienstag** 8 Uhr Frauenverein Pulsitz (Konfirm. Zimmer).

### Großnaundorf

**Sonntag,** d. 16. Febr., Septuages., vorm. 9 Uhr Predigtgottes- dienst. Sammlung für den Ev.-luth. Gotteslasten. Vorm. 1/11 Uhr Kindergottesdienst für die ältere Abteilung.

### Reichenbach

**Sonntag** Septuages., vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst; am- schließend Kindergottesdienst. Kollekte für den Ev.-luth. Gotteslasten. **Dienstag,** d. 18. Febr., abends 8 Uhr Frauenverein in der Weib- mannskuch“.





# Pulsnitzer Tageblatt

Beilage zu Nr 37

Donnerstag, 13. Februar 1930

82. Jahrgang

## Turnen — Sport — Spiel

### Vereinigung Pulsnitzer Regelklubs, Pulsnitz.

#### Die Pokal-Wettkämpfe beginnen wieder:

In der Sportauschuss Sitzung vom 1. 2. 1930 fand die Auslosung der Mannschaften zu den diesjährigen Pokalwettkämpfen statt.

Das Los hat die Mannschaft wieder bunt durcheinander gewürfelt, sodass mit sehr interessanten Kämpfen zu rechnen ist.

Die Gruppen stehen wie folgt:

#### Gruppe A:

Alle Neune  
Genau Vorbei  
Merkur  
Dämmerstunde  
Eingelmitglieber  
Fidele Sportler  
Selma Brüber

#### Gruppe B:

Scharfe Spitze  
Luschi  
Vollständig Schnuppe  
Harmlose  
Eckmüder  
Elspe (Pokalfieger 1929)  
Fidele Brüder

Die Kämpfe beginnen Anfang März und zwar lauten die Paarungen der ersten Woche wie folgt:

Montag, den 3. März Gruppe A: Alle Neune — Genau vorbei  
Dienstag, „ 4. „ „ B: Scharfe Spitze — Luschi  
Mittwoch, „ 6. „ „ A: Merkur — Dämmerstunde

Ueber die weiteren Spiele werden den Klubs rechtzeitig noch Terminlisten zugeestellt.

Die Klubs, welche ihre Mannschaften von den Wettkämpfen zurückziehen wollen, müssen dies bis Sonnabend, den 15. Februar beim Sportwart melden.

Den Mannschaften zum Kampf viel Glück! Gut Holz!  
Der Sportwart.

### Lesen Sie

## Meister's Buch = Roman!

### Regierungskrisis.

Ausichtsreiche Misstrauensanträge. — Vor Neuwahlen?

Unerwartet ist nun doch noch eine Regierungskrisis über Sachsen hereingebrochen und im Augenblick sieht es ganz so aus, als werde sie mit dem Sturze des Sabinietti's Bünden enden. Nicht aus Sachsen selbst heraus, sondern aus dem Reiche kommt sie, und der Young-Plan ist ihr Urheber. Den unmittelbaren Anlaß aber bildet die Zustimmung der sächsischen Reichsratsvertreter zum Young-Plan und zu den übrigen Haager Gesetzen. Daß die sächsische Regierung ihre Zustimmung erteilen würde, war nicht anders zu erwarten, ist doch der Ministerpräsident Strefemanns Parteifreund, und im Kabinett hat wahrscheinlich nur der deutschnationalen Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda dagegen gestimmt — ja, es verlautet sogar, daß auch er sich lediglich der Stimme enthalten habe. Diese Abstimmung im Reichsrat konnte also keine Überraschung sein, überraschend ist aber doch das Echo, das sie gefunden hat.

Da die Kommunisten Segner des Young-Planes sind, bildet ihr Misstrauensantrag wegen der Abstimmung im Reichsrat nur eine Selbstverständlichkeit. Segner des Young-Planes sind auch die Nationalsozialisten und die Deutschen Nationalen. Von ihnen nahm man jedoch allgemein an, daß sie sich die Front mit den Kommunisten scheinend und außerdem einer Regierungskrise abgeneigt, wenigstens der Stimme enthalten würden. In einer im Landtage vor der Plenarsitzung abgehaltenen Besprechung der Regierungsparteien ließen sie aber deutlich die Neigung erkennen, Zustimmung für den kommunistischen Antrag abzugeben, und als man trotzdem noch ziemlich hoffnungsfreudig war und versuchte, sie zur Stimmhaltung zu bewegen, da wurde plötzlich auch ein nationalsozialistischer, ganz ähnlich wie der kommunistische begründeter Misstrauensantrag bekannt. Daß beide Parteien, Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen, für den nationalsozialistischen Antrag stimmen

und daß auch die Kommunisten dabei sein werden, ist nunmehr zweifellos geworden.

Diese drei Parteien zusammen verfügen nun allerdings nur über 30 Stimmen, während die Verfassung zur Annahme eines Misstrauensantrages die Zustimmung der Mehrzahl aller Abgeordneten, also wenigstens 49 Stimmen, vorschreibt. Die Entscheidung liegt daher auch nicht bei den zwei Altsozialisten und drei Aufwertungsparzellern, die sich in letzter Zeit sehr unfreundlich zur Regierung gestellt haben, sondern allein bei der 31 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion, deren Zustimmung sofort die Annahme des Antrages sichern würde. Da gibt es freilich einen Haken: die Sozialdemokraten sind von Anfang an die energielosen Verfechter des Young-Planes gewesen, — sollen sie nun eine Regierung stürzen, weil sie demselben Young-Plan ebenfalls ihre Zustimmung erteilt hat? Das will man nicht begreifen; aber die Wege parlamentarischer Taktik sind oftmals wunderbar, und so ist es nicht ausgeschlossen, sogar wahrscheinlich, daß sie die Gelegenheit beim Schopfe nehmen und ja sagen, um damit endlich ihr Ziel, die Regierung zu stürzen, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Werden die Misstrauensanträge angenommen und stürzt die Regierung, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: die Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei oder Landtagsauflösung mit nachfolgender Neuwahl. Man weiß nicht, was sich die Parteien, die jetzt die Entscheidung in der Hand haben, von Wahlen versprechen können. Der Gewinn von ein oder zwei Mandaten würde ja die ganze Lage nicht grundsätzlich ändern können, — Wahlen aber bedeuteten Unruhe und Unterbrechung der stetigen Arbeit, ungünstig besonders im jetzigen Augenblick, wo die wichtigen Staatsberatungen vor der Tür stehen. Aus solchen Überlegungen heraus, keiner Partei zuliebe und zuleide, soll daher die Hoffnung noch nicht aufgegeben werden, daß man überall versucht, bis zum 18. Februar, an welchem Tage die Entscheidung im Landtage fällt, einen guten Ausweg zu finden.

### Aus der sächsischen Landwirtschaft.

In der Weinbauversuchsanstalt Schloß Hossföhrnitz sind für das Jahr 1930 vom 17. bis 19. Februar ein Lehrgang zur Anlage von Jungpflanzungen, für den 29. und 30. Mai ein Lehrgang zur Sommerbehandlung des Weinstockes, für den 11. Juli für Beerenernte und Saftbereitung und für den 9. und 10. Oktober zur Weinlese, Kelterung, Apfelweinbereitung angelegt. Anmeldungen sind an die Weinbauversuchsanstalt Schloß Hossföhrnitz, Post Oberlöhrnitz-Abbeul, zu richten.

Die Vorsitzenden der Jungmädchenabteilungen des Junglandbundes und alle landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinsvertreterinnen für Jugendfragen treffen sich für die Bezirke Chemnitz, Leipzig, Vogtland am 11. Februar in Chemnitz in der dortigen Kreisdirektion, für die Bezirke Dresden und Oberlausitz am 17. Februar in Dresden im Schwimmverein, Wiener Straße 13.

Der Landesverband Sachsen für Obst- und Weinbau veranstaltet am 15. Februar im Saale „Meißen“ des Hauptbahnhofes in Dresden seine 68. Ausschusssitzung mit einem Vortrag von Oberlehrer Grieseler über die „Bedeutung der Biene für den Obstbau“.

In Grimma findet am 5. und 6. Juli eine Kreisfeier der Landwirtschaftskammer statt.

Die nächste Prüfung von Geflügelzuchtgehilfen findet am 4. und 5. März im Geflügelgut Schlobachshof in Gundorf bei Leipzig statt.

Die Beschäftigte Großenhain ist aufgehoben und nach dem Staatsgut Stassa verlegt worden.

Das Oswald-Friedrich-Heim in Bad Elster wird am 15. Februar wieder eröffnet.

### Wünsche des sächsischen Einzelhandels.

Unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Schmidt-Plauen hielt der Landesausschuss des Sächsischen Einzelhandels in Dresden seine erste diesjährige Vorsitzenden- und Geschäftsführerkonferenz ab, die von etwa 80 Personen aus allen Teilen des Landes besucht war.

Landtagsabgeordneter Schmidt berichtete über einen dem Sächsischen Landtag zugegangenen Entwurf eines neuen Wanderverlagessteuergesetzes und über die im Sächsischen Landtag eingegangenen Anträge auf Änderung des sächsischen Grund- und Gewerbebesteuergesetzes sowie über die Behandlung der Brutto-Mieterträge bei der Gewerbesteuerveranlagung. Die von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels herausgegebene Zeitschrift „Der Schutz des Ladenmieters im bürgerlichen Recht“ wurde nach ausgiebiger Beratung als zu weitgehend bezeichnet. In der Zeitschrift habe man die Verhältnisse der mittleren und kleinen Städte so gut wie gar nicht in Betracht gezogen. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß sich der Landesausschuss grundsätzlich für freie Wirtschaft einsetze soll. Allgemein fand man es verständlich, daß der Markenschutzverband dem Kleinhandel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Rabattgabe auf Markenartikel der Gruppe A verbietet. Die Geschäftsstelle wurde beauftragt, diese Angelegenheit weiterzuverfolgen. Im übrigen vertrat der gesamte sächsische Kleinhandel nach wie vor den Standpunkt: „Rabatt je nach Ortsüblichkeit bis zu fünf Prozent auf alle Markenartikel unter strikter Einhaltung der festgesetzten Verkaufspreise.“ Im weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Konsumvereine zur Eigenfabrikation von Markenartikeln der Gruppe A über-

### Die verschwundene Handschrift

Roman von  
Hanns Zomack

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

So ging ich ahnungslos den kleinen Gartenweg entlang bis zur Eingangstür, die ebenfalls nur angelehnt war. Dort klingelte ich mehrmals, ohne daß jedoch jemand gekommen wäre. Ich mußte schließlich annehmen, daß die Klingelleitung defekt sei. Da es immer stärker zu regnen begann, öffnete ich schließlich die Haustür und trat ein.

Ich stieg einige Stufen empor und hielt nach einem Diener oder einem Mädchen Ausschau. Ich sah den Gang entlang bis zum Vestibül. Dort brannte Licht, das jedoch nur einen trüben Schein auslöste und den Hausgang dürrig erleuchtete.

Ich blieb einen Augenblick stehen. Es kam mir alles so sonderbar vor. Kein Mensch war zu sehen. Ueberhaupt rührte sich in dem ganzen Hause nichts.

Schließlich trat ich durch die halb offene Schiebetür ins Vestibül und öffnete rechts eine Tür, in der Annahme, daß in dem Zimmer vielleicht jemand sei, dem ich meine Anwesenheit melden konnte. Doch ich hatte mich abermals getäuscht. So ging ich denn zurück nach der Schiebetür und überlegte, wie ich mich bemerkbar machen könnte.

Plötzlich fühlte ich hinter mir eine Bewegung. Ich muß gefahren, daß es mir ganz seltsam zumute wurde und mir das Blut in den Adern zu fließen drohte. Ich hatte noch die Kraft, mich umzuwenden, und so bemerkte ich eine dunkle, verummte Gestalt, die sich aus dem Türrahmen hinter einer dicken Portiere löste und mit einem Satz auf mich zusprang.

Ich glaube, ich versuchte zu fliehen und stieß wohl dabei auch einen lauten Schreieschrei aus. Mehr weiß ich freilich nicht mehr, vielleicht hatte der Schreck mein Hirn im Moment schon so gelähmt, daß es nicht mehr zu arbeiten vermochte. Selbst den Messersich habe ich nicht

mehr gefühlt. Ich kam erst hier in der Klinik wieder zu vollem Bewußtsein und wollte erst gar nicht glauben, daß ich das Opfer eines Mordanschlages geworden sei.

Torwaldsen hatte geendet.

Wendler spielte nervös mit seinen Fingern.

„Eine verummte Gestalt war es also?“ fragte er erstaunt.

„Allerdings.“

„Und Sie haben Doblinger gar nicht erkannt?“

„Nein! Das war ganz und gar unmöglich. Es ging ja auch alles so schnell. Lediglich die verummte Gestalt blieb in meiner Erinnerung.“

„Das ist freilich sehr dumm.“

„Darf man fragen, wieso?“

„Nun, ich hatte gehofft, Doblinger wäre Ihnen, so wie er ist, gegenübergetreten und Sie könnten das unter Eid aussagen. Damit wäre der ganze Fall erledigt gewesen. Aber so sind wir nicht weiter als vorher. Im Gegenteil. Jetzt verstehe ich auch die Hartnäckigkeit, mit der sich Doblinger aufs Leugnen legt. Er weiß genau, daß vorläufig für ihn keineswegs alles verloren ist. Freilich fand ich ein Taschentuch von ihm in der Nähe des Tatortes. Aber das ist kein vollgültiger Beweis. Schade, jammerschade, daß sich der schlaue Fuchs verummmt hatte und Sie daher nicht mit Bestimmtheit aussagen können, daß es Doblinger und kein Anderer war.“

Hans Torwaldsen nickte und entgegnete:

„Sie haben allerdings recht, Herr Kommissar, es ist in der Tat eine äußerst dumme Geschichte, deren einziger guter Umstand der ist, daß ich noch so mit dem blauen Auge davongekommen bin. Leider war eine eingehendere Betrachtung des Gegners eben ganz und gar unmöglich. Ich bin sonst gewiß nicht so leicht zu verblüffen, aber der Schreck war zu groß, und der Gang der Handlung ging zu schnell vor sich. Stellen Sie sich nur einmal vor, wie es einem zumute ist, wenn man so, wie ich, völlig ahnungslos und unvorbereitet in einem fremden Hause steht und sich urplötzlich eine geisterhafte Gestalt aus dem Dunkel löst und sich auf einen stürzt. Da vergeht einem denn doch

Hören und Sehen, auch wenn man kein Feigling ist. Da denkt man alles andere, nur nicht, wer diese geheimnisvolle Gentleman in Zivil sein könnte.“

„Das glaube ich Ihnen gern, Herr Torwaldsen. Trotzdem möchte ich Sie fragen: haben Sie nicht wenigstens irgendeine Einzelheit behalten? Und wenn es die scheinbar geringste Kleinigkeit wäre. Wie stand es zum Beispiel mit Größe und Breite der verummten Gestalt? Könnten Sie wenigstens mit Gewißheit aussagen, daß diese mit der Größe Matthias Doblingers übereinstimmte?“

Hans Torwaldsen sann einen Moment nach. Dann aber schüttelte er leise den Kopf und erklärte:

„Nein, auch das kann ich nicht, wenn ich es mit der Wahrheit ernst nehmen will. Im Gegenteil, mir ist es, als wäre die verummte Person auf keinen Fall größer als ich gewesen, wogegen Doblinger doch eine wahre Hünengestalt besitzt. Ich kann mich natürlich irren. In der rasenden Geschwindigkeit, in der alles geschah, vermag eben auch schließlich das geübte Augenmaß eines Malers.“

Wendler nickte mißmutig mit dem Kopfe.

Plötzlich kam eine eigentümliche Unruhe in des Verwundeten Gesicht.

Wendler merkte dies und fragte:

„Es scheint mir, als ob Sie vielleicht doch noch eine Mitteilung machen könnten, Herr Torwaldsen. Sie wissen, auch eine Kleinigkeit kann oft Licht in eine solch dunkle Affäre bringen. Es ist also besser, wenn Sie reden.“

Hans Torwaldsen zeigte noch ein wenig Unschlüssigkeit, dann aber sagte er:

„Vielleicht erscheint Ihnen das, was ich Ihnen noch sagen möchte, nach dem gefrigen Mordanschlag auf mich, nicht mehr ganz so lächerlich, als es mir selbst oft dünkte. Hören Sie zu: Mich quält seit meines Bruders Tod eine eigentümliche Unruhe. Ganz offen heraus, ich fürchte, daß mein Bruder keines natürlichen Todes gestorben ist.“

Wendler rückte erregt näher an den Kranken heran.

„Wie meinen Sie das?“ fragte er.



gehen und auf diese Rabatt gewähren. Es fand eine allgemeine Aussprache über die bei Ankündigung von Inventur-Ausverkäufen und bei Strafverfolgung des unlauteren Wettbewerbs gemachten Erfahrungen statt.

Syndikus Köpfer-Freital berichtete über Vor- und Nachteile der Kundenkreditfinanzierung. Man kam einstimmig zu der Überzeugung, daß jede Art von Kundenkreditfinanzierung wirtschaftlich ungesund sei und deshalb bekämpft werden müsse.

Der Mörder Luz widerruft sein Geständnis.

Wie mitgeteilt wurde, hat der Mörder Luz, der in Leipzig in Haft sitzt, eingestanden, er habe in der Nähe von Hannover ebenfalls ein Mädchen ermordet.

Tagungen in Sachsen

Tagung des Deutschen Sängerbundes in Leipzig.

Hauptvorstand und Gesamtausschuß des Deutschen Sängerbundes haben in Leipzig eine zahlreich besuchte Sitzung abgehalten. Dabei wurde zunächst der neue Satzungsentwurf des Hauptvorstandes zugunsten der Änderungsvorschläge einzelner Bünde zurückgezogen.

Polarforscher Wilkins meldet sich wieder

New York. Nach vierzehntägigem hartnäckigem Schweigen hat der Polarforscher Robert Wilkins endlich wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben.

Börse und Handel

Ämtliche sächsische Notierungen vom 12. Februar.

Dresden. Die Tendenz der Börse war wieder etwas schwächer. Bei kleinstem Geschäft kam es nur zu wenigen und unbedeutenden Verschiebungen mit Ausnahme von Zwidauer Kammergarnspinnern, die 20 Prozent verloren.

Leipzig. Die Börse verlief in völliger Geschäftslosigkeit. Es verloren Norddeutscher Lloyd und Wda je 3, Groß 2 Prozent. Dagegen gewannen Sachsentwert 3,50, Konfordia-spinner 3, Reichsbank 2, Anleihen und Pfandbriefe unverändert.

Chemnitz. Die Börse verkehrte in matter und lustloser Haltung; Kursermäßigungen überwogen. Größere Verluste erlitten Schönherr mit 3,25, Küll Klöha um 3 Prozent.

Chemnitzer Produktenbörse. Weizen, inl., 76 Kilogr. 245 bis 250; Roggen, sächs., 72 Kilogr. 160-163; Sandroggen 72 Kilogr. 166-171; Sommergerste 180-190; Wintergerste 160 bis 170; Hafer 142-147; Mais, für Futtermittel 165-170; Mais, Cinquintino 180-205; Weizenmehl, 70 Prozent 41,50; Roggenmehl, 60 Prozent 29; Weizenkleie 9,50; Roggenkleie 8,75; Weizenheu, drahtgepreßt 12; Weizenheu, lose 11; Getreidestroh, drahtgepreßt 4,50.

Berliner Börse vom Mittwoch.

Die Börse fand auch Mittwoch unter dem Druck einer fast vollkommenen Geschäftslosigkeit. Allerdings konnte sich gegenüber den vorbörslich genannten Kursen zu Beginn des offiziellen Verkehrs eine kleine Erholung durchsetzen.

Effektenmärkte.

Seimische Renten waren schwächer. Von ausländischen Anleihen waren Lirren stark angeboten, da man nach den neuesten Erklärungen der türkischen Regierung mit einer Gefährdung der Zinszahlungen rechnen zu müssen glaubt.

Berliner Produktenbörse vom Mittwoch.

Im Anschluß an festere Ueberlieferungstendenzen tendierte auch hier der Weizenmarkt fester. Bei vorsichtigem, aber ausreichendem Roggenangebot war auch diese Brotrucht mehr beachtet.

Ämtliche Notierung der Mittagsbörse ab Station

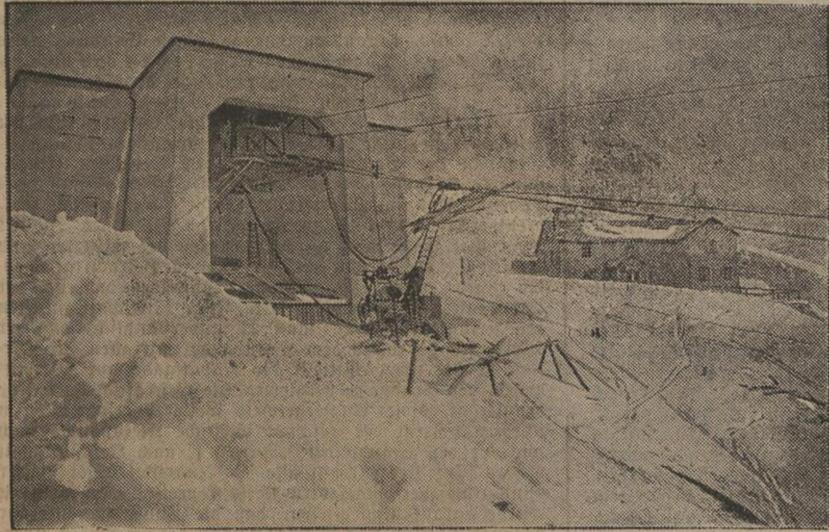
Table with 6 columns: Quantity (1000 kg, 100 kg), Date (12.2.30, 11.2.30), and Price. Rows include Weizen, Roggen, Hafer, Mais, and various types of flour and feed.

Wild- und Geflügelpreise.

Wild- und Geflügel per Stück: Gajanen, Hühne, junge 3,60-4,00, do. alte 2,75-3,00, Hahn, groß, plombiert 6,50-6,75, do. mittel, plombiert 5,25-5,75, do. klein, plombiert 4,25-4,75, do. ungarische, plombiert 5,75-6,00, Raminchen, wilde, große 2,00 bis 2,30.

Magdeburger Zuckernotierungen. Gemahl. Meiß bei Lieferung Februar 26,50 und 26,82,50, März 26,65, April 26,80, Mai 26,95, Juni 27,10. Tendenz: Ruhig.

Metallpreise in Berlin (für 100 Kilogramm in Mark): Elektrokupfer wirebars 170,50, Orig.-Silttenaluminium 98-99 Prozent, in Wäden 190, do. in Walz- oder Drahtbarren, 99 Prozent 194, Reinnickel, 98-99 Prozent 350, Antimon-Negulur 60-63, Feinsilber für 1 Kilogramm 59,75-61,75.



Der Endbahnhof der Nebelhornbahn in 2000 Meter Höhe.

Der Bau der Seilschwebebahn, die von Oberstdorf im Allgäu auf das Nebelhorn hinauf führen wird, geht seiner Vollendung entgegen. Damit wird wieder ein Alpengipfel dem Massenverkehr erschlossen sein.

Die verschwundene Handschrift

Roman von Hanns Zomack

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Das ist schwer zu erklären, Herr Kommissar. Dieser ganze Argwohn entstand eigentlich nur aus einem instinktiven Gefühl heraus und wurde dann natürlich durch den Manuskriptdiebstahl noch verstärkt.“

„So meinen Sie, daß Matthias Doblinger vielleicht auch —“

„Ich weiß gar nichts“, unterbrach Torwaldsen den Kommissar. „Wie sollte ich auch, wo ich nicht einmal mit Bestimmtheit sagen kann, ob Doblinger den Mordanfall auf mich verübt hat.“

Er sah eine Weile nachdenklich vor sich hin, fuhr aber dann in seiner Rede fort:

„Ich hätte meine Schwägerin dahin bestimmen sollen, eine Obduktion vornehmen zu lassen. Vielleicht wäre uns dann viel erspart geblieben.“

Kommissar Wendler erhob sich jetzt. Auf seinem Gesicht lag ein eigentümlich entschlossener Ausdruck, als er dem Kranken zum Abschied die Hand reichte.

„Ich hoffe, daß Sie die Unterredung nicht allzu sehr angestrengt hat“, sagte er, „Ihre letzten Worte haben mich sehr interessiert. Ich werde sofort nach dieser Richtung hin Nachforschungen anstellen lassen.“

Hans Torwaldsen hatte die lange Unterredung doch sehr geschwächt, so daß er von den letzten Worten Wendlers kaum noch Notiz nahm.

Auch dem Untersuchungsrichter war bei genauerer Durcharbeitung des bisherigen Materials der plötzliche Tod des Schriftstellers Edmund Torwaldsen einigermaßen merkwürdig vorgekommen. Zumal der Manuskriptdiebstahl unbedingt zu der gleichen Zeit ausgeführt worden sein mußte und Doblinger im Falle Hans Torwaldsens vor einem Mordversuch nicht zurückgeschreckt war.

Das Resultat, das dabei zutage gefördert wurde, war in der Tat überraschend. Die Vorgesetzten nämlich bei der Sektion fest, daß Edmund Torwaldsen keines natürlichen Todes gestorben sein konnte, sondern einer Vergiftung — vermutlich mit Veronal — erlegen war.

Diese Feststellung gab dem Fall mit einem Schlage ein ganz anderes Gesicht.

Selbstverständlich kam für diesen Mord auch nur Matthias Doblinger als Täter in Frage.

Für Frau Tilla bedeutete diese Feststellung einen schweren Schlag.

Trotzdem mußte sie Wendler in diesen Tagen mit vielen Fragen belästigen. Es galt ja, herauszubekommen, auf was für eine Art und Weise der Mord verübt worden sein konnte.

Aus Doblinger war nichts herauszubekommen. Er leugnete diese Tat mit derselben Konsequenz wie alle anderen ihm zur Last gelegten Verbrechen.

Selbstmord schied nach Lage der Dinge vollkommen aus. Es lagen nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür vor, und außerdem rebete der Manuskriptdiebstahl ja eine deutliche Sprache für die Beweggründe zu einem Mord.

Es schien aber trotz genauester Nachforschungen ganz und gar ausgeschlossen, herauszubekommen, wie der Mord verübt worden war. Einzig und allein Doblinger hätte das Dunkel lichten können. Aber der dachte gar nicht

daran, ein Geständnis abzulegen. Im Gegenteil, er spielte von Tag zu Tag immer mehr den völlig Unschuldigen und protestierte dagegen, daß er in Untersuchungshaft gehalten werde.

Wendler war in Verzweiflung. Als er gerade wieder von einer völlig ergebnislos verlaufenen Vernehmung Doblingers aus dem Untersuchungsgefängnis ins Präsidium zurückkehrte, fand er den Kollegen Kreisler in seinem Büro vor.

Sie begrüßten sich nur kurz.

Dann saßen beide schweigend lange Zeit nebeneinander, Wendler seine unvermeidliche Brasil, Kreisler eine dünne russische Zigarette rauchend.

Wendler unterbrach schließlich als erster das bedrückende Schweigen.

„Hören Sie, Kreisler“, begann er, „ich muß einmal mit Ihnen ein vernünftiges Wort reden. Ich werde sonst noch verrückt, wenn ich nicht einmal mit einem Manne, der etwas davon versteht, richtig über den Fall Doblinger sprechen kann. Mein Hirn verweigert mir nämlich den Dienst, es ist nach jeder Richtung hin ausgedacht. Trotz aller nur erdenklichen Anstrengungen finde ich für den ersten Mord an Edmund Torwaldsen gar keine und für den Mordversuch an Hans Torwaldsen nur unzulängliche Beweise. Doblinger selbst ist zu keinem Geständnis zu bewegen und verblüfft durch seine Hartnäckigkeit und Ruhe selbst den Untersuchungsrichter. Was soll man da nur machen?“

Kreisler hatte sich tiefer in seinen Sessel zurückgelehnt und stieß mit sichtlichem Genuß den Rauch seiner Zigarette in kunstvollen Ringen von sich. Sein Gesicht war, wie immer, ein einziges zufriedenes Schmunzeln.

„Vor allem die Einstellung zu dem ganzen Falle ändern, mein lieber Wendler“, erwiderte er nach einer Weile bedachtam.

„Wie meinen Sie das?“

„Zimmer so, wie ich es sage. Sie wissen ja vielleicht, daß ich nichts mehr hasse, als wenn jemand in Wilder-rätseln spricht.“

(Fortsetzung folgt.)

